

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 3. August 1973 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co. GmbH., 404 Neuss, Xantener Straße 7

Nr. 3/1973 September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD zur Jahresmitte stand weiterhin im Zeichen zunehmender Inflation, stagnierender Abhängigeneinkommen, übermäßiger Handelsbilanzüberschüsse, forcierter Investitionen und expandierender Profite. Produktions- wie Auftragseingangsziffern lassen erkennen, daß die inflationsgesteuerte Konjunktur ihr stärkstes Antriebsmoment im Export hat. Demgegenüber fallen Produktion und — mehr noch — zukünftige Nachfrage, gemessen an den Auftragseingängen, in bezug auf den binnenländischen privaten Verbrauch erheblich zurück. Im 2. Quartal des laufenden Jahres erhöhte sich die Nettoproduktion der Investitionsgüterindustrie um +9,5, der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie um +11,2, der Verbrauchsgüterindustrie aber nur um +3,2 Prozent jeweils im Vergleich zum Vorjahresquartal. Das gleiche Bild ergibt sich bei den Bestelleingängen: Investitionsgüterindustrie im Durchschnitt der Monate April bis Juni gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum +19,2, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie +14,4, Verbrauchsgüterindustrie +8 Prozent; die Inland-Aufträge nahmen insgesamt um +14,1 Prozent, die Ausland-Aufträge jedoch um +35,9 Prozent zu.

Daß diese Tendenz zu extrem hohen Handelsbilanzüberschüssen, damit zu permanentem Geldüberhang führen muß, dürfte angesichts der relativ schwach steigenden effektiven Masseneinkommen klar sein, da kompensierende ausländische Einfuhren vom Verbrauchsgütermarkt in der BRD nicht aufgenommen werden können. So ergab sich im 1. Hj. 1973 ein Handelsbilanzüberschuß von 12,9 Mrd. DM (1. Hj. 1972 8,4 Mrd.), ein bislang unerreichter Rekord.

Neben der Geldmengenvermehrung durch exzessive Exportausdehnung tritt — im Zusammenhang mit der hohen Investitionsgüterproduktion wie -nachfrage — die durch Ausweitung des Kreditvolumens aufgrund von unablässigen Kreditansprüchen der Unternehmen. Von Januar bis April d. J. erhöhte sich die Geldmenge um 14,8 Mrd. DM; sie lag Ende April um +20,2 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Das Güterangebot aus inländischer Produktion wuchs im 1. Vj. d. J. gegenüber dem 1. Vj. 1972 dagegen nur um +6,5, der Import um +9 Prozent.

Schon von daher ergibt sich die Haltlosigkeit der Behauptung, höhere Löhne verursachten weitere Inflationschübe, Stabilität sei nur durch Stagnation der Reallöhne und -gehälter erreichbar. Seit Jahresbeginn verfahren unter dem Druck der Einheitsfront von Regierung und Unternehmerverbänden die Gewerkschaften nach dieser These, ohne daß sich auf der Preisseite eine positive Reaktion zeigen würde, im Gegenteil: zur Jahresmitte lag der Preisindex für die Lebenshaltungskosten um fast +8 Prozent über der Vorjahresrate. Einen spürbaren Preisrückgang könnte nur — im Prinzip — eine Verlagerung von Produktion und Nachfrage zum privaten Verbrauch, d. h. eine drastische Reduzierung der Exporte und des überproportionalen Kapazitätsaufbaus erbringen bei gleichzeitiger Beschneidung der unternehmerischen Kreditwünsche.

Eine Fortsetzung des bisherigen Kurses enthält überdies Gefahren für die Vollbeschäftigung dann, wenn die weltweite Konjunktur abflauen sollte. Schon im Juni d. J. betrug — trotz des Booms — die Arbeitslosenquote 1,3 Prozent; sie sank seit Oktober 1972 nicht mehr unter 1 Prozent ab.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Aufwendungen für Freizeit und Urlaub

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Ein Vierteljahr nach dem Anlaufen des 2. Stabilisierungsprogramms der Bundesregierung vom 9. Mai (das erste datiert vom 17. Februar) erweist sich dessen Zielsetzung — zumindest für das laufende Jahr — als gescheitert. Trotz aller inzwischen ergriffenen Restriktionsmaßnahmen konnte die Diskrepanz zwischen Güter- und Dienstleistungsangebot sowie Geldmenge nicht stabilitätsgerecht verringert werden. Mit der am 1. Juni d. J. vorgenommenen Diskontsatzserhöhung von 6 auf 7 Prozent, der Einstellung des Lombardgeschäfts (Kredite der Bundesbank an die Geldinstitute gegen Wertpapierpfand) und einer weiteren Heraufsetzung des Mindestreservesolls der Banken wurden erneute Versuche unternommen, das Geldvolumen einzudämmen.

Ob das gesamte Maßnahmebündel von Bundesregierung und Bundesbank die Inflation zu brechen und gleichzeitig das Investitionswachstum einschneidend zu reduzieren vermag, muß bezweifelt werden: die Eingriffe betreffen lediglich die Auswirkungen, nicht die Ursache der Krise.

Bundesregierung und Bundesbank sehen dabei die Nachfrage-seite als bestimmend für den inflationär stimulierten Boom an. So wird auf die Gewerkschaften Druck ausgeübt, in den Tarifverhandlungen kurzzutreten, so werden — bislang höhere — Einkommen mit einer 10prozentigen Stabilitätsabgabe belastet. Jedoch hat die effektive Kaufkraft, besonders der Löhne und durchschnittlichen Gehälter seit Jahresbeginn überhaupt nicht zugenommen (s. Kzf. 3.5); die Abschlüsse der großen Gewerkschaften folgten schon seit Januar der Leitlinie der Bundesregierung. Andererseits ändern die Bezieher höherer Einkommen wegen des Konjunkturzuschlags ihre Konsumneigungen ganz gewiß nicht.

Mittels Investitionssteuer und Aussetzung der degressiven Abschreibung sollte nun auch die hektische Nachfrage nach Investitionsgütern zurückgedrängt werden. Dies ist allerdings mißlungen: unter monopolistischen Bedingungen und günstiger Exportlage wird die Expansion über Preiserhöhungen fortgetrieben. Was indes entscheidender ist und zudem noch die Politik hoher Zinsen in Frage stellt: „Hinzu kam, daß die Unternehmen das neue Jahr mit umfangreichen liquiden Mitteln begonnen hatten und ihre Liquidität durch hohe Geldzuflüsse aus dem Ausland im Februar und März noch verbessern konnten.“ (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 6/1973, S. 29)

Welche Art von Nachfrage das Preisniveau in die Höhe treibt, zeigt folgende Übersicht:

Güterverwendung und -angebot in Prozent gegenüber dem Vorquartal

	Privater Verbrauch	Güterverwendung Ausrüst.- Bau- Invest.	Export	Güterangebot Import	Inländ. Prod.	
1972, 1. Vj.	+3,5	+3,5	+11,5	+5,0	+1,0	+5,5
2. Vj.	+0,5	+0,5	- 8,0	+1,5	+3,0	- 0,5
3. Vj.	+4,0	- 0,5	- 2,0	+1,0	+1,5	+2,0
4. Vj.	+1,0	+2,0	+ 6,0	+8,5	+5,0	+3,0
1973, 1. Vj.	+5,0	+9,0	+14,0	+7,5	+9,0	+6,5

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 6/1973, S. 33)

Für das 1. Hj. 1973 belaufen sich die Wachstumsschätzungen für Güter und Dienste, gemessen am realen Sozialprodukt, auf + 6 Prozent im Vorjahresvergleich. (Quelle: Die Weltwirtschaft, 1/1973, S. 23)

Demgegenüber steht die monetäre Expansion, deren enger Zusammenhang mit den Investitionen und dem Export zu beachten ist:

Von Januar bis April d. J. erhöhten sich Geldvolumen und Quasigeld (Termingelder bis unter 4 Jahren) um 14,8 Mrd. DM und lagen damit Ende April insgesamt um + 20,2 Prozent über dem Vorjahresstand, Ende Mai d. J. sogar um rd. + 21 Prozent. Motor der Gelderzeugung war die Unternehmensnachfrage: „Mittel- und langfristige Kredite haben Unternehmen und Privatpersonen im ersten Drittel d. J. netto in Höhe von 18,3 Mrd. DM in Anspruch genommen; das waren um etwa 50 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (12,5 Mrd.

DM).“ Hinzu kamen die hohen Mittelzuflüsse aus dem Ausland; mit 15 Mrd. DM standen sie der Kreditexpansion nur wenig nach. (Quelle: Monatsberichte der Dt. Bundesbank, 6/1973, S. 12 f; 7/1973, S. 10)

Entsprechend dem, den anhaltenden Geldüberhang kompensieren sollenden, effektiven Lohnstopp (s. d. Kzf. 3.1) fällt die Verbrauchsgüterindustrie als potentieller Konjunkturträger schon jetzt aus. Der ifo Konjunkturtest von Ende Mai d. J. bemerkte dazu: Rückläufige Bestellungen führten trotz Produktionseinschränkungen zu erhöhtem Lagerdruck. Die Auftragsreserven wurden vielfach als zu gering empfunden. Mit einer Drosselung der Produktion sei in den nächsten Monaten zu rechnen. (ifo Schnelldienst, 26/27/1973, S. 5)

Dieser Umstand deutet — längerfristig — auf eine bedenkliche Entwicklung hin; denn bei einem Nachlassen der Auslandskonjunktur stellt sich — schärfer noch als nach dem Boom 1969/70 — die Frage der Kapazitätsauslastung der übermäßig vorgenommenen Investitionen. Überdies wird der dann erreichte Inflationssockel erst recht ein Hinderungsgrund massiver und rasch einsetzender Staatsaufträge nichtmilitärischer Art sein, so daß spätestens in diesem Zeitpunkt auch in der BRD die „klassische“ Bereinigung der Krise durch Arbeitslosigkeit drohen könnte. Damit steht die Einkommenspolitik der Gewerkschaften heute zur Diskussion. Sie müßte diese Tendenzen in ihrer aktuellen Phase einbeziehen. Was während des Booms nicht erkämpft werden kann, ist im Abschwung nicht mehr her-einzuholen.

1. Hj. 1973 gegenüber dem 1. Hj. 1972 Wachstum an Gütern und Diensten + 6 Prozent, davon im 1. Vj. Verwendung des privaten Verbrauchs + 5, Ausrüstungsinvestitionen + 9, Bauinvestitionen + 14 Prozent. Auf der anderen Seite zunehmender Geldüberhang durch Mittelzuflüsse aus dem Ausland und Kredite an Unternehmen im Inland: Ende Mai dieses Jahres Geldvolumen und Quasigeld + 21 Prozent im Vorjahresvergleich. Im ersten Jahresdrittel Kredit netto 18,3 Mrd. DM gleich ca. + 50 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Stabilitätsmaßnahmen reduzieren dagegen die Massenkaukraft. Folge: Einschränkung der Verbrauchsgüterproduktion.

1.2 Industrieproduktion

Eine Reihe von Anzeichen lassen erkennen, daß der Boom seinen Höhepunkt erreicht hat, wenngleich von einem spürbaren Rückgang der Konjunktur aufgrund der besonders im Mai d. J. eingegangenen Bestellungen noch nicht gesprochen werden kann.

Der ifo-Konjunkturtest von Ende Mai spiegelte ein widersprüchliches Bild wider: einerseits herrschte in der verarbeitenden Industrie eine günstige Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage vor, auf der anderen Seite machte sich Skepsis über die künftige Entwicklung bemerkbar. Letzteres galt besonders für die Verbrauchsgüterindustrie und für die neuralgischen Sparten Maschinen- und Fahrzeugbau. (ifo Schnelldienst, 26/27/1973, S. 5)

Im Juni nahm der Anteil der pessimistischen Einschätzungen unter dem Eindruck der erneuten DM-Aufwertung weiter zu. (ifo Schnelldienst, 30/1973, S. 4)

Diese zweispaltige konjunkturelle Verfassung wird von der Entwicklung der industriellen Produktion im Vergleich zu der der Auftragseingänge im Juni d. J. widerspiegelt. Wurde im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat ein Anstieg der Industrieproduktion um hohe + 9,5 Prozent registriert, so sanken die Bestelleingänge insgesamt von + 32,1 Prozent im Mai auf + 9,4 Prozent im Juni unvermittelt ab.

Quartalsweise veränderte sich die Nettoproduktion wie folgt:

Veränderung der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1971		1972		1973	
3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
+ 0,8	- 0,0	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 9,8
					+ 8,2
					+ 8,0

(Quelle: INFO 2/1973, S. 2; BMWI Tagesnachrichten, 3. 8. 1973)

Im Monatsverlauf wies die Industrieproduktion nachstehende Zuwächse auf:

Veränderung des Nettoproduktionsindex von April bis Juni 1973 (gesamte Industrie)

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. i. %	
	1972	1973	1972	1973
April	175,5	188,4	+ 3,6	+ 7,5
Mai	171,6	181,9	+ 1,7	+ 6,0
Juni	169,4	186	+ 1,2	+ 9,5

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 65; BMWI Tagesnachrichten, 3. 8. 1973)

Die im Vergleich zum Vorjahr umfangreiche Produktionsausweitung im Frühsommer 1973 wurde maßgeblich von der Investitionsgüter- sowie Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie getragen; die Verbrauchsgüterindustrie lag demgegenüber mit weitem Abstand zurück, ganz im Gegenteil zum Zeitraum Januar/März (s. INFO 2/1973, S. 3). Eindeutig kommt hierin die sich abschwächende Massenkaukraft zum Vorschein, während im schwerindustriellen Bereich die Exportchancen nach wie vor ungebrochen sind; Produktion und Absatz sind damit vom Binnenmarkt noch weitgehend unabhängig.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriesparten

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
April	172,4	188,2	175,0	183,5	198,6	219,6
Mai	169,4	182,3	166,2	166,3	195,8	218,5
Juni	168,5	189	160,7	168	200,5	224

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

April	+ 1,0	+ 8,5	+ 7,4	+ 4,9	+ 3,2	+ 10,6
Mai	- 2,0	+ 7,6	+ 3,2	+ 0,1	+ 2,7	+ 11,6
Juni	- 2,0	+ 12,4	+ 3,9	+ 4,7	+ 3,7	+ 11,5

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 65; BMWI Tagesnachrichten, 3. 8. 1973)

Die auffallend unterdurchschnittlichen Zuwachsraten der Verbrauchsgüterindustrie während des zweiten Quartals im laufenden Jahr waren — mit Ausnahme der Februar-Produktion — schon seit Jahresbeginn vorherrschend. Die Bekämpfung der Inflation durch Drosselung des privaten Konsums muß von dieser Sachlage her völlig ergebnislos bleiben. Die Reaktion der Arbeiterklasse müssen unweigerlich spontane Arbeitsniederlegungen sein, zumal im Rahmen offizieller Tarifvereinbarungen bislang keine Korrektur dieser die abhängig Beschäftigten benachteiligenden Wirtschaftspolitik erfolgte.

Für die kommenden Monate dürfte sich jedoch an dieser Tendenz kaum etwas ändern.

Negative Produktionsziffern wiesen nach dem ifo-Konjunkturtest die Bekleidungs- und Ledererzeugende Industrie auf. Was die Erwartungen während der nächsten Monate betrifft, so stehen darüber hinaus die Schuh- und Ledererzeugende Industrie unter Druck; derzeit bereits sind die Fertigwarenlager nach der Beurteilung der betroffenen Unternehmen zu groß, ein Indiz für den spürbaren Kaufkraftverlust der Masse der abhängig Beschäftigten.

Daß dieser Kaufkraftschwund in direkter Verbindung steht mit den anfangs des Jahres getroffenen Lohnvereinbarungen der

IG Metall und ÖTV, ist aus der Entwicklung des Nettoproduktionsindex der Textil- und Ernährungsindustrie vom 4. Vj. 1972 zum 1. Vj. 1973 ersichtlich: beide Sparten verzeichneten Minusraten von 1,9 bzw. 18,3 Prozent, wogegen im Vorjahresvergleich noch ein — wenn auch schwacher — Anstieg von + 4,6 bzw. + 2,9 Prozent zu konstatieren war.

Da im Vergleich zum Vorquartal die Maschinenbau- (- 11,5 Prozent) und Elektrotechnische Industrie (- 6,1 Prozent) beachtliche Produktionsrückgänge meldeten, ist auch in dieser Hinsicht von einem Auslaufen des heftigen Investitionsbooms auszugehen. Nicht zuletzt deshalb nahm die industrielle Nettoproduktion insgesamt im 1. Vj. 1973 zum 4. Vj. 1972 um - 4,3 Prozent ab, gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum natürlich um recht hohe + 8,6 Prozent zu.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriezweige

	1972, 4. Vj.		1973, 1. Vj.		Veränd. in % geg. dem 4. Vj. 1972	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Industrie, insgesamt	180,0	172,2	- 4,3	+ 8,6		
Kohlenbergbau	79,2	79,7	+ 0,6	+ 2,7		
Eisenschaff. Industrie	144,3	155,6	+ 7,8	+ 20,2		
Chemische Industrie	275,8	293,5	+ 6,4	+ 15,5		
Maschinenbau	144,0	127,5	- 11,5	+ 1,7		
Straßenfahrzeugbau	196,4	206,8	+ 5,3	+ 12,9		
Elektrotech. Ind.	230,9	216,9	- 6,1	+ 11,4		
Textilindustrie	154,2	151,2	- 1,9	+ 4,6		
Ernährungsindustrie	167,5	136,8	- 18,3	+ 2,9		

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/1973, S. 319* f.; INFO 3/1972, S. 3)

Schwächte sich die industrielle Produktion im Mai d. J. relativ ab, im 1. Vj. gegenüber dem Vorquartal sogar absolut, so verzeichneten die Auftragseingänge besonders im Mai einen steilen Anstieg. Ganz erheblich hatte daran die Investitionsgüterindustrie Anteil, was auf die anstehenden Stabilisierungsmaßnahmen zurückzuführen war: die vor dem Stichtag erteilten Aufträge unterliegen nicht den direkten und indirekten steuerlichen Belastungen.

Das außergewöhnliche Auftragsvolumen im Mai fand allerdings keine Fortsetzung; die Bestellungen im Juni lagen erheblich darunter; sie waren die niedrigsten seit Februar d.J.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1970 = 100

	Auftragsindex	Veränd. i. % gegenü. d. Vormonat		gegenü. d. Vorjahr
		1972	1973	
April	127	- 8,6	+ 16,3	
Mai	144	+ 13,4	+ 32,1	
Juni	123	- 14,6	+ 9,4	

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 3. 8. 1973)

Überdurchschnittlich blieb der Bestelleingang bei der Investitionsgüterindustrie auch im Juni mit (+ 12,2) Prozent gegenüber Juni 1972; die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie erreichte mit + 7,4 Prozent zwar auch nicht mehr die Gesamtrate, lag jedoch wesentlich über den Aufträgen der Verbrauchsgüterbranche, die nur + 6,1 Prozent buchte.

Daß die Konjunktur auch in absehbarer Zukunft vom Export abhängen wird, ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Inland- und Ausland-Aufträgen der Industrie insgesamt:

	Inland-Aufträge		Ausland-Aufträge	
	Index 1970 = 100	%-Zunahme geg. d. Vorj.	Index 1970 = 100	%-Zunahme geg. d. Vorj.
April	122	+ 11,2	142	+ 33,8
Mai	139	+ 28,2	162	+ 45,2
Juni	116	+ 3,4	146	+ 28,8

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 3. 8. 1973)

Wie bei den Auftragseingängen so blieb auch bei der Umsatzentwicklung die Diskrepanz zwischen Inlands- und Auslandsabsatz im Vergleich zum Vorjahr von März bis Mai 1973 recht groß:

Umsatzveränderg. i. Prozent geg. dem Vormonat

	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz
März	+ 11,6	+ 12,6	+ 11,0	+ 19,2
April	- 8,5	- 9,4	+ 11,2	+ 18,7
Mai	+ 9,8	+ 10,1	+ 18,4	+ 25,8

(Quelle: BMWI Monatsbericht 5, 6, 7/1973, III b)

Im 2. Vj. 1973 setzte eine Differenzierung der konjunkturellen Tendenzen ein: während die Nettoproduktion der Industrie insgesamt mit + 8,0 Prozent geg. dem Vorjahresquartal zunahm, ebten im Juni d. J. die Auftragseingänge rapide ab (+ 9,4 Prozent nach +32,1 Prozent im Mai und 16,3 Prozent im April). Gleichwohl verharrten die Ausland-Aufträge selbst im Juni auf einem hohen Stand: April + 33,8, Mai + 45,2, Juni + 28,8 Prozent geg. dem gleichen Vorjahreszeitraum; dagegen Inland-Aufträge: + 11,2, + 28,2, + 3,4 Prozent. Die zweite maßgebliche Konjunkturstütze blieb immer noch die Investitions- und Produktionsgüterindustrie, wie die Ausstoßraten von April bis Juni gegenüber den unterdurchschnittlichen der Verbrauchsgüterindustrie zeigen. Letztere wies im 2. Vj. 1973 zum 2. Vj. 1972 um + 4,8, erstere um fast + 9 Prozent Produktionszuwachs auf.

1.3 Außenwirtschaft

Die gesamte kapitalistische Welt ist in diesen Monaten konjunkturell gleichgeschaltet. Allgemeines Kennzeichen ist ein inflationär in Bewegung gehaltener Boom, dessen Antriebskräfte letztlich auf den weltweiten Dollarüberhang zurückzuführen sind. Nicht nur in der BRD, sondern auch in Frankreich, Schweden, England, den Niederlanden, Italien und Japan übersteigt die Geldflut die realen Wachstumsraten der Güter- und Dienstleistungproduktion beträchtlich, wobei der hektische Kapazitätsaufbau den jeweiligen inflationären Prozeß zusätzlich verstärkt. Ein Vergleich aller dieser Länder mit den USA zeigt, daß es dem amerikanischen Finanzimperialismus gelungen ist, die rüstungs- und kriegsinduzierte Dollarschwemme in Höhe von Hunderten von Mrd. Dollars zum Schaden der anderen kapitalistischen Währungen zu exportieren.

Reales Wirtschaftswachstum und Zunahme der Geldmengen von März 1972 bis März 1973 in %

	Wachstum	Geldmenge
USA	6,5	6,4
Frankreich	6,0	10,0
Schweden	4,5	11,0
England	5,5	11,0
BRD	6,0	14,0
Niederlande	4,5	16,0
Italien	4,5	20,0
Japan	12,0	27,0

(Quelle: Handelsblatt, 12. 7. 1973)

Die Folgen sind ein extrem hoher Goldpreis und eine nie dagewesene Verteuerung von Rohstoffen, besonders von Aluminium, Kupfer, Nickel, Zink, Kakao. Alle internationalen Rohstoffindizes erreichten in den letzten Monaten Rekordhöhen: der Index des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs (1952=100) für Konsumgüterrohstoffe stieg von Januar 1973 mit 143,6 bis Ende Mai auf 175,3 an, der für Investitionsgüterrohstoffe von 129,2 auf 156,8, Reuter's Index (1931 = 100) schnellte von 798,5 auf 926,0 hoch. (BDI-Mitteilungen, 6/1973, S. 48)

Mit dieser Entwicklung sind neue Inflationsquellen verbunden. Schon in diesem Jahr verteuerten sich die Rohstoffimporte der BRD im Durchschnitt um + 15 Prozent gegenüber 1972. (Handelsblatt 13./14. 7. 73)

Allein schon diese Sachlage widerlegt die gängige wirtschaftspolitische These, daß eine DM-Aufwertung zum Druck auf das

binnenländische Preisniveau beiträgt. In einer Welt von nationalen und internationalen Monopolen gelten eben solche Marktgesetze der Goldwährungszeit nicht mehr. Dies zeigt auch die Wirkungslosigkeit der DM-Aufwertungen einschließlich des Aufwertungseffekts infolge der Freigabe des Wechselkurses gegenüber dem Dollar (Mitte Juli d. J. 35,8, gegenüber der gesamten Welt 21 Prozent) in bezug auf das Exportgeschäft der BRD-Industrie. Trotz erneuter Paritätsänderung der D-Mark am 29. Juni 1973 um + 5,5 Prozent gegenüber den Ländern des europäischen „Blockfloatings“ steht für das laufende Jahr ein Rekordüberschuß der Handelsbilanz zwischen 23 und 25 Mrd. DM (1972 20 Mrd.) bevor. Im 1. Hj. 1973 bezifferte er sich auf 12,9 Mrd. nach 8,4 Mrd. DM im 1. Hj. 1972 = + 52,6 Prozent!

Handels- und Kapitalbilanzsaldo der BRD (in Mrd. DM)

	Januar 1972	Juni 1973
Handelsbilanz	+ 8,4	+ 12,8
Kapitalbilanz (+ Kapitalimport)	+ 4,1	+ 1,1
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 10,8	+ 1,9
Kurzfristiger Kapitalverkehr	- 6,7	- 0,9

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 8/1973, S. 70*)

Die Jahr für Jahr anwachsenden positiven Handelsbilanzsalden stellen praktisch das Magnetfeld für ausländische Valuta dar, was in steigenden Währungsreserven zum Ausdruck kommt. Vordergründig werden Exportüberschüsse damit gerechtfertigt, daß die Zahlungsbilanz insgesamt negativ ist. In laufender Rechnung trifft dies zwar zu, aber sie läßt die inzwischen bald 100 Mrd. DM betragenden Währungsreserven in Gold und ausländischer Valuta außer acht. Vor diesem Hintergrund muß die Wirkung von Außenhandelsüberschüssen gesehen werden: sie verhindern einen Abbau der Währungsbestände, treiben somit indirekt den Außenkurs der D-Mark in die Höhe, führen am Ende, beim Umtausch in Binnenwährung mit Multiplikatoreffekt, zu inflationären Prozessen.

Daran sind sowohl einheimische Konzerne als auch andere kapitalistische Länder interessiert. Den BRD-Konzernen erbringt die Exportoffensive hohen Profit und rasche Akkumulation, deren Wert durch die Inflation ständig steigt; dem kapitalistischen Ausland erlaubt es die Defizitfinanzierung ihrer Staatshaushalte auf Kosten der BRD.

Währungsreserven der Deutschen Bundesbank in Mrd. DM

	Gold, Auslandsfordg., netto	Gold	US-Dollar	Sonstige Devisenguthaben
1971, Juni	61	15	39	0,3
1972, Juni	73	15	45	6
1973, Juni	90	14	66	3

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 74*)

Nach der Freigabe des DM-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar erfolgte am 19. März der Übergang zum Gruppenfloaten von sechs EWG-Ländern sowie Norwegens und Schwedens. Auf diese Länder entfielen 1972 ca. 40 Prozent des BRD-Außenhandels.

Innerhalb des Floatingblocks ergab sich Ende Juni ein sprunghafter Anstieg der D-Mark, so daß nach den Vereinbarungen 4,5 Mrd. DM an schwächeren Gemeinschaftsdevisen aufgenommen werden mußten, was schließlich zur abermaligen Aufwertung der D-Mark führte. Diese Entwicklung hält unvermindert an. DM-Aufwertungen werden an der Tagesordnung bleiben. M. a. W.: Ob im vergangenen System fester Wechselkurse oder ob im jetzigen europäischen Verbund: die BRD wird gezwungen, Liquiditätsüberschüsse des kapitalistischen Auslands laufend zu absorbieren.

Daß die immer schneller aufeinanderfolgenden Aufwertungen die Exportkraft der BRD-Industrie nicht im geringsten einschränken, zeigt nachstehende Übersicht:

Anteil des Auslands — am Gesamtumsatz in Prozent

	1970	1971 (jeweils März)	1972	1973
Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	9	13	15	15
darunter:				
NE-Metallindustrie	11	14	14	14
Zellstoff-, Papier-, Pappe-Industrie	10	16	19	18
Chemieindustrie		31	32	33
Investitionsgüterindustrie	32	39	42	42
darunter:				
Maschinenbau	38	43	44	48
Büro- und Datentechnik	54	51	49	48
Straßenfahrzeugbau	46	47	53	50
Verbrauchsgüterindustrie	10	16	16	17
darunter:				
Textilindustrie	11	15	16	17
Kunststoffverarbeitende Industrie	11	14	14	16
Ledererzeugende Industrie	20	25	28	28

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 19/1973, S. 7; Wirtschaft und Statistik, 2/1972, S. 75*; 6/1973, S. 316*)

Die Dollarüberflutung der kapitalistischen Welt führt zu steigendem Geldüberhang: Frankreich + 10, Schweden + 11, England + 11, BRD + 14, Niederlande + 16, Italien + 20, Japan + 27 Prozent von März 1972 bis März 1973. Künftige Inflationsquellen sind zudem übermäßige Rohstoffpreise. Der Rohstoffimport der BRD verteuerte sich von 1972 auf 1973 um + 15 Prozent. Ununterbrochene Inflationsimpulse gehen vom Exportüberschuß aus: Vom 1. Hj. 1972 bis zum 1. Hj. 1973 von + 8,4 auf 12,9 Mrd. DM. Die Währungsreserven stiegen von Juni 1972 bis Juni 1973 um fast 20 Mrd. DM (90 nach 73 Mrd. netto). Weitere DM-Aufwertungen stehen bevor; dennoch steigender Auslandsumsatz der Industrie.

1.4 Investitionen

Nach den Auftragseingängen zu urteilen (s. Kzf. 1.2), wird auch über die Jahresmitte hinaus die Investitionsgüterindustrie maßgeblich für das Sozialproduktwachstum bleiben. Allerdings betreffen die umfangreichen Investitionsvorhaben nur den privatunternehmerischen Bereich, Investitionen für soziale Reformen stagnieren bestenfalls, während des Booms sind sie sogar rückläufig.

Dies geht aus dem am 9. Juli 1973 beschlossenen Investitionsprogramm des Bundes hervor. Im Zeitraum von 1972 bis 1976 soll es absolut von 28,3 auf 35,3 Mrd. DM anwachsen, wobei die Einschränkungen aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen vom Mai d. J. (Streckung der Ansätze für „Gemeinschaftsaufgaben“ von Bund und Ländern um ca. 330 Mio. DM, Ausgabenverringerung um ca. 700 Mio. DM) noch nicht einmal in dieser Rechnung berücksichtigt und die Auswirkungen der Inflation nicht einbezogen wurden.

Differenziert nach Ausgabenkategorien sind folgende Mittel vorgesehen:

- Sachinvestitionen von **6,1 auf 7,0 Mrd. DM**
- Militärische Investitionen von **9,2 auf 11,9 Mrd. DM**
- Finanzierungshilfe von **13,0 auf 16,4 Mrd. DM**

Unter „Sachinvestitionen“ fallen Baumaßnahmen, Beschaffungen beweglicher und Erwerb unbeweglicher Sachen; die militärischen Investitionen umfassen Beschaffungen, Materialerhaltung, Wehrforschung, -entwicklung und -erprobung, Anlagen; Finanzierungshilfen gliedern sich in Beteiligungen, Darlehen, Zuweisungen für Investitionen im öffentlichen Bereich sowie Zuschüsse für solche in „sonstigen Bereichen“.

Bis 1976 ist folgende Finanzierungsstruktur geplant: Innerhalb der Sachinvestitionen sollen zwischen 76 und 81 Prozent der um bloße 0,9 Mrd. DM heraufgesetzten Ausgaben auf „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“, rd. 16 Prozent auf „allgemeine Dienste“ konzentriert werden;

bei den Finanzierungshilfen steht mit 20 Prozent der um 3,4 Mrd. DM zunehmenden Gesamtsumme der Bereich „Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung“ an erster Stelle, 18 Prozent sind für „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“, 17 Prozent für „allgemeine Dienste“ reserviert. (Angaben nach BMWI Tagesnachrichten, 18. 7. 1973)

Diese Aufteilung läßt jedoch vermuten, daß ein überwiegender Teil des Gesamtbetrags der sog. Finanzierungshilfen Subventionen vorbehalten bleibt.

Darüber hinaus sind in der Rubrik „Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung“ sicherlich Positionen enthalten, die auf die Bedürfnisse der privatunternehmerischen Industrie sowie auf die der militärischen Technostruktur zugeschnitten sind.

Von den investiven Gesamtaufwendungen entfallen also wohl die geringsten Summen auf Leistungen, die unmittelbar der großen Masse der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse zugute kommen. Zumindest werden ihr die fast 3 Mrd. DM vorbehalten, die für den Rüstungsbereich veranschlagt worden sind, zudem ca. 50 Prozent der 3,4 Mrd. aus dem Etat für „Finanzierungshilfen“.

Mit dem Hinweis auf ihre „Stabilitätsprogramme“ erklärt die Bundesregierung zum Investitionsprogramm: „In der heutigen Hochkonjunkturphase besteht das Erfordernis, eine kontraktive Konjunkturpolitik zu betreiben, was auf der Ausgabenseite... ein Hinausschieben von Investitionsmaßnahmen erforderlich macht. ... Beim Bund ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß er bereits seit längerer Zeit sein Investitionsvolumen aus konjunkturellen Gründen vermindert oder zeitlich gestreckt hat.“ Läßt man die Rüstungsinvestitionen außer Ansatz, bleibt im Verhältnis zu den prognostizierten Gesamtausgaben des Bundes und dem BSP folgendes ökonomisch und sozialpolitisch sinnvolles Investitionsvolumen übrig:

	Soll 1972	Entwurf 1973	Finanzplan 1974	1975	1976
Investitionen insg.	19,02	20,05	20,91	22,32	23,39 Mrd.
Gesamtausgaben des Bundes	108,98	120,39	130,60	141,70	153,80 Mrd.
Investitionen in Prozent der Gesamtausgaben	17,5	16,7	16,0	15,8	15,2
BSP (voraussichtlich)	828,50	914,20	988,30	1068,30	1154,80 Mrd.
Investitionen in Prozent des BSP	2,3	2,2	2,1	2,1	2,0

Demgegenüber bewegen sich die privatunternehmerischen Investitionen etwa seit 1965 im Durchschnitt um 25 Prozent des BSP; in der Krise 1967 waren es immerhin 23 Prozent, in den letzten drei Jahren stets fast 27 Prozent. (INFO 3/1971, S. 5; 1/1973, S. 5)

1.5 Beschäftigung

Da die konjunkturelle Expansion nicht gleichmäßig von allen Wirtschaftsbereichen getragen wird, blieb auch im Juni d. J. die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in Prozent der abhängig Beschäftigten) 1,3 Prozent, nachdem sie im April und im Mai jeweils noch 1,2 Prozent betragen hatte. Seit Oktober 1972 ist sie nicht mehr unter 1 Prozent abgesunken. Im Vergleich zu den letzten Aufschwungjahren: 1969-1971 belief sie sich zwischen 0,7 und 0,9 Prozent.

Diese Situation spiegelt die Tendenz schärferer Rationalisierung im Industriebereich wider und den Beginn einer neuen Phase der Arbeitsmarktpolitik, in der die Vollbeschäftigung statistisch relativiert wird, um von dieser Seite her massiver der gewerkschaftlichen Lohnpolitik entgegenzutreten zu können. Dies schließt keineswegs eine hohe Zahl ausländischer Arbeits-

kräfte aus; denn diese werden überwiegend zu Lohnsätzen beschäftigt, die die menschliche Arbeitskraft — ähnlich wie im Durchschnitt der Frauenarbeit — immer noch „rationeller“ als technischen Einsatz machen.

Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)		Differenz (II) — (I)	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Mai	208	268	577	601	369	333
Juni	190	282	601	600	411	318

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 9; Wirtschaft und Statistik, 6/1973, S. 313*)

Ein Blick auf die Industriebeschäftigung zeigt, daß die Zahl der Arbeiter im März d. J. gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat erneut gesunken ist wie auch — geringfügiger — die der Beschäftigten insgesamt. Das bedeutet Freisetzung von Arbeitskräften schon während des Booms, um den Lohndruck gerade in der jetzigen konjunkturellen Konstellation wenige Monate vor Beginn der neuen großen Tarifrunden verschärfen zu können.

Industriebeschäftigung*

	Industriebeschäftigung insgesamt in Mio.		darunter Arbeiter in Mio.	
	1972	1973	1972	1973
1971	8,5	8,3	6,3	6,1
1972	8,3	8,36	6,1	6,15
1972, Februar	8,36	8,35	6,15	6,15
März	8,35	8,33	6,15	6,10
1973, Februar	8,33	8,34	6,10	6,10
März	8,34		6,10	

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1972, S. 74*; 6/1973, S. 315*)
*) ohne Bauindustrie, Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke; Betriebe mit 10 u. m. Beschäftigten

Die höchsten Beschäftigtenzahlen weisen der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie auf mit je 1,079 Mio.; im Straßenfahrzeugbau sind rd. 620 000 und in der Chemischen Industrie ca. 584 000 beschäftigt. (Stand: März 1973)

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Unter den Umständen, daß das Umsatzvolumen der Industrie von Februar bis April d. J. im Vergleich zu denselben Vorjahresmonaten weiterhin beachtlich anstieg, die Beschäftigtenzahl nur um mäßige + 0,2 Prozent zunahm, war der „Umsatz je Beschäftigten“ erneut stark nach oben gerichtet. Die abhängig Beschäftigten in der Industrie erwirtschafteten je Monat pro Kopf zwischen rd. 6100 und 6800 DM, im Vorjahr waren es noch zwischen 5500 und 6000 DM, was auf intensiverer Arbeitsleistung, vor allem auf Überstunden beruht.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz j. Beschft. in 1000 DM	
	1972	1973	1972	1973
1971	8,5	46,9	5,5	5,5
1972	8,3	49,7	6,0	6,0
Veränderung in % geg. d. Vorj.				
1971	-1,2	+6,5	+7,8	+7,8
1972	-2,4	+5,9	+9,1	+9,1
Verändg. geg. d. Vorj. in %				
	Umsatz je Beschft. in 1000 DM	Beschäft.	Umsatz	Umsatz je Beschft.
1973, Februar	6,1	-0,3	+11,5	+10,9
März	6,8	-0,1	+10,6	+9,7
April	6,3	+0,2	+12,1	+10,5

(Quelle: INFO 2/1973, S. 5)
(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1973, S. 316*; INFO 2/1972, S. 6, 3/1973, S. 6)

2 Unternehmergewinne

2.1 Bruttogewinne

Sachverständigenrat und Bundesregierung bilden seit Mitte des Jahres eine antigewerkschaftliche Einheitsfront, deren Grund das hartnäckige Bemühen der Arbeiterklasse um bessere Verteilungsrelationen bildet.

Noch in seinem Sondergutachten vom 9. Mai 1973 veranschlagte der Sachverständigenrat bekanntlich einen Zuwachs der Bruttoundernehmergewinne von + 17 Prozent für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr, allein im 2. Hj. von + 21 Prozent.

Wenn auch die großen Gewerkschaften diese Profitexplosion nicht zum Anlaß nehmen, ihre an den Orientierungsdaten der Bundesregierung vom Frühjahr ausgerichteten tarifpolitischen Vorstellungen (+ 10 Prozent) grundlegend zu revidieren — wie der Bergbauabschluß von + 9,6 Prozent beweist —, so gingen doch mehr und mehr Einzelbelegschaften dazu über, gerade aufgrund der diesjährigen Profitlage um höhere Stundenlöhne durch Arbeitsniederlegungen zu kämpfen.

Um diese an Stärke zunehmende Bewegung zu stoppen, veröffentlichte die Bundesregierung eine „Neuberechnung“ der voraussichtlichen Verteilung, die von der Unterstellung ausgeht, das 2. Stabilitätsprogramm reduziere den Profitauftrieb um mindestens ein Drittel der Sachverständigenprognose. Danach sei brutto statt eine 17prozentige lediglich eine 12prozentige Gewinnsteigerung zu erwarten. (BMWl Tagesnachrichten, 17. 7. 73) Der Sachverständigenrat schloß sich dieser „Neuberechnung“ sofort an.

Sie entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit und hat Verschleierungscharakter; denn die um + 36 Prozent gestiegene Körperschaftsteuer vom 1. Hj. 1972 zum 1. Hj. 1973 (4,9 nach 3,6 Mrd. DM) basiert auf einer Zunahme allein der ausgewiesenen Gewinne der Kapitalgesellschaften von mindestens + 25 Prozent.

Die „Neuberechnung“ wurde mit vorkalkulierten Auswirkungen des Stabilitätsprogramms begründet. Doch solange nicht die überproportionale Ausweitung der Geldmenge ebenfalls wenigstens um ein Drittel der effektiven Raten zurückgeht, müssen zwangsläufig die Profite hinaufgehen, und zwar in dem Verhältnis, das der Sachverständigenrat ursprünglich ermittelte.

Trotz aller Meldungen über ein Auslaufen des Booms wird jedoch bis über die Jahreswende hinaus auch von der Bundesregierung mit weiteren Preisanhebungen gerechnet: „Der Sockel an unvermeidbaren Preissteigerungen sei unter den heutigen... Bedingungen... erheblich größer als in früheren Perioden.“ (BMWl Tagesnachrichten, 17. 7. 73)

Das Stabilitätsprogramm beeinflußt zudem nicht die außenwirtschaftliche Entwicklung. Die überaus hohe Ausland-Nachfrage erlaubt es den Unternehmen, Investitionssteuer und relativ höhere Abschreibungsbeträge in den Preisen weiterzugeben. Ein verlangsamtes Tempo der Profitakkumulation ist schon aus diesem Grunde nicht möglich. Im Gegenteil: der seit Monaten anhaltende Druck auf die Löhne sowie die Konjunkturdaten zur Jahresmitte widerlegen Inhalt und Methode der „Neuberechnung“ in jeder Beziehung. Die Arbeiterklasse hat jedenfalls keine Veranlassung, von gleichmäßigen Verteilungsproportionen auszugehen.

2.2 Nettogewinne

Minimiert die Bundesregierung den zu erwartenden Zuwachs der Bruttoundernehmergewinne auf + 12 Prozent in 1973, so den der Nettogewinne gar auf + 9 Prozent. (BMWl Tagesnachrichten, 17. 7. 73)

Daß mit diesem Vorgehen den Unternehmen, hier besonders den AGs, noch rechtzeitig vor Bilanzaufstellung die Richtung ihrer „Gewinn- und Verlustrechnung“ gewiesen wird, dürfte unbezweifelbar sein.

Daß — wie schon 1971 — die Zuwächse der Netto- unter den der Bruttogewinne liegen sollen, resultiere aus der Stabilitätsabgabe. Die durch sie im Nachhinein bewirkte Gewinnreduktion bezieht sich nur auf ausgewiesene, nicht auf die in den Unternehmen zurückbehaltenen Gewinne, also auf den sog. Unternehmerlohn.

Wird lediglich diese Summe — 1972 rd. 156 Mrd. DM — mit dem Investitionsvolumen verglichen (1972 184 Mrd. DM bei privaten Unternehmen), so dürfte die effektive Profithöhe annähernd klar werden; denn die ausgewiesenen Nettogewinne dienen zum Teil der Dividendenausschüttung, zum Teil dem Unternehmerkonsum und allein bei Personalunternehmen in kleinerem Maße der Sachwertakkumulation.

Die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung nur vom „Unternehmerlohn“ abhängig zu machen, ist unrealistisch und stoppt nicht die Inflation, nicht die immer massivere Kapitalkonzentration.

Der Sachverständigenrat nahm in seinem Sondergutachten vom 9. Mai 1973 allein eine „Unternehmerlohn“-Steigerung von + 17 Prozent netto für 1973 an, im 2. Hj. von + 25 Prozent.

Aus optischen Gründen wurden diese realistischeren Raten nun um rd. 50 Prozent nach einer „Neuberechnung“ durch die Bundesregierung heruntergesetzt.

Gleichzeitig aber erwartet sie eine Steigerung der Investitionen um + 16 Prozent. Hieraus resultiert ein effektiver durchschnittlicher Profitzugang um ein Vielfaches der Wachstumsraten der letzten Jahre, was auch vom Sachverständigenrat ursprünglich tendenziell prognostiziert wurde.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Wie 1969, so geht auch im laufenden Jahr die effektive Lohnbewegung mehr und mehr an den Gewerkschaften vorbei. Ihre Passivität gegenüber Bundesregierung und Unternehmen erschüttert ihre Position von der Basis her in dem Maße, in dem die Arbeiter in den Betrieben erkennen, daß nur Eigenaktionen ihre Realeinkommen schützen können.

Dies schließt nicht aus, daß trotzdem Regierung und Unternehmen die Gewerkschaften für Erfolg oder Mißerfolg der Stabilitätspolitik haftbar machen wollen. Wenn seitens der Regierung davon gesprochen wird, die Stabilitätspolitik habe auch eine „Beruhigung an der Lohnfront“ zum Ziel, dann kommt dies einer Aufforderung an die Gewerkschaften gleich, in der nächsten tarifpolitischen Runde einen freiwilligen Reallohnstopp zu praktizieren.

In der Realität haben die Gewerkschaften schon in diesem Jahre für keinerlei Unruhe in der Verteilungsaueinandersetzung gesorgt. Im 1. Hj. 1973 kam es zu folgenden Tarifabschlüssen. Sie zeigen, daß die größten Einzelgewerkschaften konsequent an der Leitlinie der Bundesregierung (+ 10 Prozent) festhielten:

Zur Entwicklung der Tarifverdienste in wichtigen Bereichen im 1. Hj. 1973

Monat	Bereich	Durchschnittl. Steigerungssatz in % geg. dem Vorjahr	Betroffene Beschäftigte in 1000
Januar	Metallindustrie	8,9—9,4	3500
	Öffentlicher Dienst	8,8	3300
	Eisen- und Stahlindustrie	8,8	300
Februar	Metallindustrie, Bayern	9,0	600
	Einzelhandel, NRW, Hessen	9,6—12,0	510
	VW-Werk	9,0	115

März	Einzelhandel, Baden-Württ., Niedersachsen, Hamburg	10,0—13,4	460
	Banken	11,1	290
April	Chemische Ind., NRW, Hessen, Rhld.-Pfalz	9,9—10,8	400
	Druckindustrie	11,2	220
Mai	Baugewerbe	9,7	1500
	Textil-, Bekleidungsind.	15	725
Juni	Einzelhandel, Bayern, Schleswig-Holstein	10,0—19,0	240
	Textilindustrie	15,0	100
	Einzelhandel, Rheinl.-Pfalz	11,5—16,1	77

(Quelle: Die Weltwirtschaft, 1/1973, S. 20)

Mit dem Abschluß der IG Bergbau über + 9,6 Prozent ab 1. August wurde wiederum die Lohnlinie der Bundesregierung akzeptiert. Dessen ungeachtet erklärte sie, „je schneller alle Beteiligten ihre Preis- und Lohndispositionen der veränderten Lage (aufgrund des Stabilitätsprogramms) anpaßten, desto geringer würden die Risiken für Absatz und Beschäftigung ausfallen.“ (BMWl Tagesnachrichten, 17. 7. 73, S. 3)

Diese Warnung richtet sich in der Hauptsache gegen die Arbeiterklasse, da der Preisverlauf langfristig vorgezeichnet ist, die Einkommen der abhängig Beschäftigten dagegen auf kürzere Sicht beeinflußt werden können. Insofern kritisiert die Bundesregierung auch unausgesprochen jene Unternehmen, die infolge des sich verstärkenden Drucks der Arbeiterklasse höhere Effektivlöhne zu gewähren bereit sind, um es nicht auf Arbeitskämpfe ankommen zu lassen. Die positive Lohndrift der letzten Monate erklärt sich nicht zuletzt aus dieser Situation, ganz auffallend im Industriebereich.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis Gesamtw.		Effektivverdienste je Beschäftigten Gesamtw.		Lohndrift auf Monatsbasis Gesamtw.	
	Ind.	Ind.	Ind.	Ind.	Ind.	Ind.
1972, 1. Vj.	+ 9,4	+ 9,2	+ 9,7	+ 10,2	+ 0,3	+ 1,0
2. Vj.	+ 9,2	+ 8,8	+ 9,4	+ 9,7	+ 0,2	+ 0,9
3. Vj.	+ 8,7	+ 8,1	+ 8,4	+ 7,2	- 0,3	- 0,9
4. Vj.	+ 8,7	+ 8,1	+ 10,3	+ 11,1	+ 1,6	+ 3,0
1973, 1. Vj.	+ 9,0	+ 8,7	+ 11,5	+ 11,6	+ 2,5	+ 2,9

(Quelle: Monatsberichte der Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 69*)

Für die kommenden Monate müßte es für die Gewerkschaften darauf ankommen,

- die erkämpften Effektivlöhne in allen Bereichen tariflich abzusichern,
- über diese Raten hinaus für einen Lohnsteuerprogressionsausgleich zu sorgen,
- in den anstehenden Tarifrunden die künftigen Inflationsraten bei Neuabschlüssen zu berücksichtigen, um den diesbezüglichen Fehler dieses Jahres zu korrigieren.

Beachtenswert ist die Prognose der Bundesregierung für 1973 in bezug auf Bruttolöhne und -gehälter: + 13,5 Prozent. Sie war bislang in keinem Tarifvertrag im Industriebereich verankert worden.

3.2 Steuern und Abgaben

1972 erreichte die Lohnsteuer ein Aufkommen von 50 Mrd. DM. 1973 soll sie schätzungsweise um über 20 Prozent zunehmen und bis zu 61 Mrd. DM betragen. Die Lohnsteuerbelastungsquote stiege damit um fast + 9 Prozent an, was eine indirekte Lohnsteuererhöhung von bald 6 Mrd. DM bedeutete. Diese Effekte resultieren aus steigenden Effektivlöhnen und -gehältern, die besonders im industriellen Bereich während der letzten Monate einen kräftigen Auftrieb erfuhren.

Insofern müßte der Kampf der Arbeiterklasse um höhere Real-löhne auch den um einen sofortigen spürbaren Abbau der Lohnsteuerprogressionswirkung einschließen. Wird dies nicht erreicht, dann reduziert allein schon die laufende „kalte“ Lohnsteuersteigerung die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten in den nächsten Jahren um ein Mehrfaches der heutigen Sätze. Auf die „Große Steuerreform“ 1976 zu hoffen, sichert

dem Staat bis dahin konfiskatorische Einnahmen ohne formelle Steuererhöhungsbeschlüsse des Parlaments von weit über 20 Mrd. DM.

Ein sofortiges Ende dieser Steuerschraube ist schon deshalb geboten, weil vom Herbst d. J. an mit einem Einkommenszuschlag (nicht rückzahlbare Stabilitätsabgabe) für alle abhängig Beschäftigten zu rechnen ist. Auf Kosten der Reallöhne und -gehälter soll die inflationäre Krise wieder einmal bereinigt werden.

Nachdem im Vorjahr die Lohnsteuer bei einer Gesamtsteuereinnahme von 172 Mrd. DM mit anteiligen 25,3 Prozent erstmals aufkommenstärkste Steuer wurde, wird dieses Jahr der Abstand zu anderen Steuern noch größer werden: bis Ende Juni erbrachte sie bereits fast 27 Mrd. DM.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Steuerbelastungsquote nahm seit 1965 folgenden Verlauf:

1965	7,9 Prozent
1968	9,0 Prozent
1971	11,8 Prozent
1973	13,7 Prozent

(Deutsches Institut f. Wirtschaftsforschung, DIW, Wochenbericht, 17/1973, S. 146)

Seit 1965 bis Ende dieses Jahres wird dann die Progressionswirkung der Lohnsteuer die Belastungsquote um + 73,4 Prozent heraufgeschraubt haben.

Was das im einzelnen bedeutet, ist aus der Belastung der Bruttolohngruppen im Zeitablauf zu entnehmen:

Durchschnittliche Belastungserhöhung beim Aufstieg um eine Bruttolohngruppe

Aufstieg eines Lohnsteuerpflichtigen von Bruttolohngruppe DM	Zu- oder Abnahme der durchschnittl. Lohnsteuerbelastung
	1961/1957 1965/1961 1968/1965 1972/1968
unter 2 400	+641,0 +178,2 + 66,7 +141,7
2 400— 4 800	+ 91,3 + 73,0 +104,6 +263,7
4 800— 7 200	+ 49,7 + 16,8 + 26,8 + 67,7
7 200— 9 600	+ 28,8 + 10,6 + 3,2 + 15,9
9 600—12 000	+ 18,3 + 4,5 + 5,2 + 24,9
12 000—16 000	+ 9,5 + 2,4 + 8,1 + 70,4
16 000—20 000	+ 2,9 - 0,7 + 4,7 + 50,7

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 8/1973, S. 5)

Hieraus ist ersichtlich, daß höhere Löhne und Gehälter, besonders wenn sie auch nur um ein Geringes die Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten übersteigen, seit 1965 immer „teurer“ werden; denn seitdem blieben die Freibeträge für Sonderausgaben (Versicherungsbeiträge) auf unverändertem Niveau. Die indirekte Steuerprogression muß also immer schneller durchschlagen.

Die Steuern vom Umsatz sind die zweite hauptsächliche Einnahmequelle des Staates. Ihre Elastizität wächst mit dem Massenverbrauch. Sie werden 1973 über 50 Mrd. DM einbringen; bis Ende Juni betrug ihr Aufkommen schon 25 Mrd. DM, Januar bis Juni 1972 23 Mrd. DM.

Spezielle Verbrauchsteuern wie die ab 11. Juli 1973 erhöhte Mineralölsteuer, die Tabaksteuer und das Branntweinmonopol belasten die durchschnittliche Kaufkraft der abhängig Beschäftigten zusätzlich dergestalt, daß Lohn-, Umsatz- und Verbrauchsteuern 1973 fast drei Viertel der Gesamtsteuereinnahmen der öffentlichen Hand ausmachen werden.

Einnahmen aus Massensteuern, 1. Hj. 1973

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. in %
Lohnsteuer	26,5	+ 20,0
Steuern vom Umsatz	25,3	+ 9,5
Mineralölsteuer	6,8	+ 8,3
Tabaksteuer	3,9	+ 20,1
Branntweinmonopol	1,6	- 4,7

Einnahmen aus Gewinn- und Vermögensteuern, 1. Hj. 1973

Veranlagte Einkommensteuer	12,5	+ 18,0
Körperschaftsteuer	4,9	+ 35,6
Vermögensteuer	1,5	+ 4,4

(BMWF-Dokumentation, 26. 7. 73)

Die prozentual beachtliche Zunahme der Körperschaftsteuer deutet auf einen massiven Gewinnanstieg der Kapitalgesellschaften hin, wobei hierbei nur die ausgewiesenen Gewinne erfaßt worden sind. (s. Kzf. 3.1)

Die „kalte“ Lohnsteuererhöhung wird 1973 infolge des Progressionseffekts gegen 6 Mrd. DM betragen, resultierend aus einer Lohnsteuerbelastungsquote von fast + 9 Prozent. Von 1965 bis 1973 erreichte sie eine Steigerung von insg. + 73,4 Prozent. Dem konfiskatorischen Zugriff ist jede Lohn- und Gehaltserhöhung in verstärktem Maße unterworfen. Im 1. Hj. 1973 erbrachte die Lohnsteuer allein 26,5 Mrd. DM, die Steuern vom Umsatz 25,2 Mrd., Lohn-, Umsatz- und Verbrauchsteuern werden fast drei Viertel des Gesamtsteueraufkommens ausmachen. Die um + 18 Prozent gestiegene Einkommen- und die um + 35,6 Prozent gestiegene Körperschaftsteuer decken auf, daß selbst die ausgewiesenen Unternehmergewinne mehr als in den Jahren zuvor gewachsen sein müssen.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Wie schwach die Nettoeinkommensposition der abhängig Beschäftigten 1973 im Vergleich der Jahre zuvor geworden ist, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung:

Entwicklung von Löhnen und Gehältern in % gegenüber dem Vorjahr

	Bruttolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter
1970, 1. Vj.	+ 17,2	+ 15,9
1971, 1. Vj.	+ 16,2	+ 12,0
1972, 1. Vj.	+ 9,2	+ 8,6
1973, 1. Vj.	+ 12,0	+ 11,3

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 12/1972, S. 69*, 7/1973, S. 69*)

Berücksichtigt werden muß nämlich, daß der seit Ende 1972 anhaltende Export- und Investitionsboom zum heftigsten der Nachkriegszeit gehört. Bei der tendenziell ähnlich verlaufenen Entwicklung Anfang 1970 hatten sich Gewerkschaften und Arbeiterklasse eine bedeutend bessere Position im Gefolge der Herbststreiks 1969 erkämpft, und selbst nach dem generellen Konjunkturzuschlag im Jahre 1971 war der Zuwachs der nominalen Abhängigeneinkommen immer noch höher als in diesem Jahr.

3.4 Preise

Die Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung gehen von der Vorstellung aus, daß Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Daher soll die Nachfrage, „überschüssige Kaufkraft“, zurückgedrängt werden, um dem Angebot keine Preiserhöhungsspielräume zu geben. Doch zwischen Masseneinkommen und Preisen besteht kein Zusammenhang, zumal die quantitativ stärkeren Nachfrageströme aus dem Export-, dem Investitions- und dem Rüstungsgeschäft erwachsen. Des weiteren: weder stabilitätspolitische Zugeständnisse der Gewerkschaften noch ihre Zurückhaltung während der Stagnation führte je zu Preisenkungen auf der Verbraucherstufe, im Gegenteil.

Die öffentliche Hand setzte für ihre Leistungen ebenso permanent ihre Preise (Tarife) herauf wie die Unternehmen für Güter und Dienste, und durch das System der EWG-Markt-Ordnungen rangierten die Teuerungsraten der Grundnahrungsmittel seit Monaten an der Spitze der Inflationsskala: die laufende Jahresrate liegt im Durchschnitt für alle Nahrungsmittel über + 10 Prozent, die Importpreise für Ernährungsgüter lagen im

1. Vj. d. J. sogar um + 20 Prozent über denen des gleichen Vorjahresquartals.

Es erweist sich, daß auch laufende D-Mark-Aufwertungen das inländische Preisgefüge nicht stabilisieren. Das Statistische Bundesamt gab für Juni d. J. die Preissteigerung für Einfuhr-güter überhaupt gegenüber Juni 1972 mit der Rekordhöhe von + 18,2 Prozent an, in den Vormonaten waren es + 16,8 und + 13,8 Prozent, Kennzeichen der internationalen Monopolstruktur des Angebots.

Im Inland wurde zwar die Preisbindung mit Wirkung vom 18. Juni 1973 abgeschafft, die Preisempfehlungen indes beibehalten. Längst hatte sich die Industrie darauf eingestellt; denn die Zahl der Preisempfehlungen lag bereits 1971 mit 330 612 weit über der der Preisbindungen mit 164 953 (info 4/1972, S. 8), so daß auf der Einzelhandelsstufe für Hunderttausende von Artikeln praktisch keine Preissenkungsmöglichkeit verbleibt, sofern nicht auf sog. Re-Importe — und das gilt nur für wenige Warengruppen — ausgewichen wird.

(Index, 1962 = 100, alle privaten Haushalte) Preisentwicklung bis Juli 1973

	Lebenshaltungsk. insges.	Wohnungs-miete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrzeuge, Fahrräder	Fremde Verkehrl.
1972	137,9	183,1	143,7	119,0	142,2
1972, Mai	136,5	181,9	140,9	119,1	142,0
Juni	137,4	182,3	141,0	119,1	142,3
Juli	138,2	183,1	141,8	119,1	142,4
1973, Mai	147,2	192,7	152,2	124,7	155,5
Juni	148,2	193,2	154,5	124,7	156,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/1973, S. 413*)

Im einzelnen stieg der Preisindex von Juni 1972 bis Juni 1973 der Lebenshaltung insgesamt um 10,8 Punkte = + 7,9 Prozent — der Wohnungsmieten um 10,9 Punkte — von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um 13,5 Punkte — von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um 5,6 Punkte — für fremde Verkehrsleistungen um 13,9 Punkte

Die unterschiedlichen Teuerungsraten in bezug auf die Lebenshaltung der verschiedenen Haushaltstypen im Juni 73 im Vergleich zum Juni 1972

— Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen	+ 8,2 Prozent
— Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern	+ 10,9 Prozent
— Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 7,3 Prozent
— Einfache Lebenshaltung eines Kindes	+ 9,9 Prozent

3.5 Realeinkommensentwicklung

Die von Bundesregierung und Unternehmern forcierte Behauptung, Löhne sowie Gehälter und die daraus entspringende, das Preisniveau hochstimulierende Nachfrage gefährde letztlich die Stabilitätsbemühungen, stehen in eindeutigem Widerspruch zur Entwicklung der realen Kaufkraft durchschnittlicher Masseneinkommen.

Folgt man der Prognose der Bundesregierung und nimmt für das laufende Jahr um + 13,5 höhere Abhängigeneinkommen brutto an (s. Kzf. 3.1), unterstellt man dazu den günstigsten Fall, daß diese Steigerungsrate auch für das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen zuträfe, dann ergäben sich gegenüber 1972 je abhängig Beschäftigten 1577 DM.

Nach dem Abzug von Lohnsteuern in Höhe von 294 DM, Kirchensteuer 29 DM und Sozialversicherungsbeiträgen 226 DM verblieben für einen Ledigen 1028 DM netto.

Bei einer Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung auf der Jahresbasis von + 9,5 Prozent — eine Rate, die im Be-

reich des Wahrscheinlichen liegt — verringerte sich am Jahresende das Realeinkommen eines Ledigen um — 1,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Bei einem Verheirateten mit einem Kind betrüge der Rückgang — 0,3 Prozent.

Wenn demgegenüber argumentiert wird, Lohnerhöhungen über + 10 Prozent wären nicht mehr stabilitätsfördernd, gleichzeitig jedoch erklärt wird, „die ... vereinbarten Verbesserungen machen nach Berücksichtigung der progressiven Abgabenbelastung den durch Preisauftrieb verursachten Kaufkraftverlust nicht mehr wett“ (DIW-Wochenbericht, 29/1973, S. 266), so tritt durch diesen Widerspruch der ganze gefährliche Sinn der sog. Stabilitätspolitik hervor: der stabilitätspolitische Beitrag der Arbeiterklasse liegt offenbar in stagnierenden (1972) und sinkenden (1973) Realeinkommen.

Anzumerken ist, daß die Annahme einer effektiven Einkommenssteigerung um + 13,5 Prozent brutto außerordentlich optimistisch ist. Das Tempo des konjunkturellen Auftriebs müßte sich noch beschleunigen, die tatsächlich geleistete Arbeitszeit müßte sich weiter erhöhen, um solche Einkommenssteigerungen im Durchschnitt zu erbringen.

Andererseits würde die Einführung eines nichtrückzahlbaren Einkommenszuschlags auch für durchschnittlich hohe Löhne und Gehälter den Kaufkraftschwund sofort vergrößern.

3.6 Arbeitszeit

Es wurde an anderer Stelle darauf hingewiesen (s. Kzf. 3.1), daß die positive Lohndrift weniger auf höhere Stundenlöhne als auf effektiver Mehrarbeit beruht.

Damit wird aber der Wert von Tarifabschlüssen in inflationären Phasen wie 1973 besonders fragwürdig: Lohn- und Gehaltsverbesserungen lediglich entsprechend den Abschlüssen würden den Lebensstandard der Arbeiterklasse noch rapider vermindern.

Um der Aufrechterhaltung des Lebensstandards willen werden jedoch Überstunden gemacht. In der Industrie wurde im 1. Vj. 1973 mit + 1,2 Prozent die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden der entsprechende Vorjahrsstand übertroffen. Seit Anfang 1972 betragen die Veränderungsdaten in der Industrie:

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden in % gegenüber dem Vorjahresquartal

1972				1973
I	II	III	IV	I
- 1,3	- 0,7	- 2,2	+ 0,0	+ 1,2

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 29/1973, S. 264)

Bis April 1973 arbeiteten in der Industrie wöchentlich im Durchschnitt:

Bezahlte Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriebeschäftigten

	männlich	weiblich	insgesamt
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Juli	44,2	40,4	43,4
Oktober	44,2	40,6	43,5
1972, Juli	43,8	40,4	43,1
Oktober	43,9	40,5	43,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 208, 231*; INFO 1/1973, S. 9)

3.7 Aufwendungen für Freizeit und Urlaub

Daß die Argumentation gegen höhere Anteile der Arbeiterklasse an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, die mit dem Begriff der „Anspruchsinflation“ verbunden wird, demagogische

Verfälschung der Tatsachen über die Lebenslage des Großteils der Bevölkerung in der BRD ist, läßt sich aufgrund eines Vergleichs von Aufwendungen der drei Haushaltstypen für Freizeitgüter belegen.

Das Statistische Bundesamt hat in dieser Beziehung für 1971 ermittelt:

Aufwendungen privater Haushalte für Freizeitgüter je Haushalt und Monat 1971

	Haushaltstyp* 1 2 3 DM			Haushaltstyp* 1 2 3 %		
	Bücher, Zeitungen					
Zeitschriften, Broschüren	10,64	27,74	63,07	29,2	17,0	18,5
Fernsehen, Rundfunk						
Phono	8,77	23,74	37,88	24,1	14,6	11,1
Kraftfahrzeuge	1,38	22,40	46,50	3,8	13,7	13,7
Sport, Camping	0,84	16,24	29,93	2,3	10,0	8,8
Spiele, Spielzeug	0,69	9,03	12,25	1,9	5,5	3,6
Kino, Theater, Konzert u. ä.	0,41	4,11	9,65	1,1	2,5	2,8
Freizeitgüter (ohne Urlaub)	29,07	119,53	230,17	79,9	73,3	67,7
Urlaub	7,31	43,59	109,89	20,1	26,7	32,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 5/1973, S. 325)

* Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern
Haushaltstyp 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittleren Einkommen
Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

Die Korrelation dieser Ausgaben mit dem verbrauchsfähigen Einkommen je Haushaltstyp ist unverkennbar. Wird bedacht, daß die Freizeit nicht nur körperlicher Regeneration dient, sondern, gleichwertig damit, der Weiterbildung und Ausbildung dienen sollte, so müssen die Ausgabenhöhen für den Haushaltstyp 2 insofern bedenklich stimmen, als sich hierin noch die Kinder teilen müssen, die bei Haushaltstyp 1 entfallen, beim Haushaltstyp 3 wegen der um fast 100 Prozent höheren Aufwendungen bedeutend bessere Möglichkeiten der Teilhabe an Freizeitgütern haben.

Im Grunde genommen ist an den Ergebnissen dieser Erhebung das viel diskutierte Faktum des Bildungsmonopols in unserer Gesellschaft abzulesen: die Bildungseinrichtungen mögen für alle formal gleich zugänglich sein, es mögen auch Stipendien gewährt werden, aber entscheidend ist die materielle Voraussetzung kontinuierlicher Bildung und Ausbildung im Elternhaus solange es noch keine allgemein eingeführte Ganztagschulen gibt.

Monatliche Ausgaben von ca. 28 DM für Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften beim Haushaltstyp 2 gegenüber 63 DM beim Typ 3 je Monat oder von wenig über 4 DM für Kino, Theater, Konzert beim ersteren, aber 9,65 DM beim letzteren Haushaltstyp sind Indikatoren genug für die geringeren Bildungsmöglichkeiten einmal der Kinder, zum anderen auch — im Hinblick auf die Weiterbildung — der Erwachsenen ganz besonders der Arbeiterklasse.

Daß das Interesse an der Realisierung solcher Freizeitgüter beim Haushaltstyp 2 und 3 im Prinzip nicht unterschiedlich ist, kann an Hand der prozentualen Anteile an den Gesamtaufwendungen ermittelt werden: für Bücher, Zeitschriften usw. 17 Prozent beim Haushaltstyp 2, 18,5 Prozent beim Haushaltstyp 3; für Kino, Theater usw. 2,5 Prozent beim Typ 2, 2,8 Prozent beim Typ 3.

Schließlich seien noch die Ausgaben für Urlaub erwähnt: 43,59 DM beim Typ 2 sind schon minimal genug, 7,31 DM beim Typ 1 sind nicht mehr menschenwürdig, rd. 100 DM monatlich beim Typ 3 dagegen eröffnen ganz andere Variationsbreiten der Urlaubsgestaltung und -dauer als in den anderen Fällen. Diese soziologischen Aspekte der Einkommensstruktur vornehmlich der Arbeiterklasse werden in den sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen weder von Unternehmen noch von Gewerkschaften genug beachtet. Sie sind jedoch im Rahmen der Diskussion um Lebensstandard und Lebensqualität gerade im Interesse politisch einflußreicher Arbeiterorganisationen unabdingbar.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Auch 1972 gelang es den Gewerkschaften — wie in den vorangegangenen Jahren — nicht, den Anteil der abhängig Beschäftigten am Nettozialprodukt zu Marktpreisen zu steigern. Er stagnierte weiterhin und verharrte auf 38,9 Prozent (Nettolöhne, -gehälter im Verhältnis zum NSP).

	NSP zu Marktpreisen in Mrd. DM	Nettolohn- und -gehaltssumme	%-Anteil der Nettolohn- u. -gehälter am NSP
1970	611	237	38,8
1971	674	262	38,9
1972	735	286	38,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 76, 80)

Steuerprogression, steigende Sozialversicherungsbeiträge und abflachender Lohn- und Gehaltszuwachs verhinderten eine Erhöhung des Lebensstandards sowie eine Verbesserung der Vermögenslage des überwiegenden Teils der Beschäftigten.

Dieses negative Ergebnis der Verteilungsauseinandersetzung ist der Niederschlag beständigen, bisher jedoch nicht honorierten „konjunkturpolitischen Wohlverhaltens“ der Gewerkschaften.

Zwar sieht das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) ganz klar die Niederlage im Verteilungskampf, es werden indes immer noch keine Konsequenzen in Richtung einer aktiven Lohnpolitik gezogen.

Das WSI stellte in einer Analyse des Sachverständigenrat-Jahresgutachtens für 1973 fest: „... daß eine verzögerte Lohnanpassung und die damit verbundenen erhöhten Gewinne den nächsten Zyklus programmieren würden... Wenn man dies... konstatiert... muß man das Jahr 1973... hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit als Problemjahr ansehen.“ (WSI Mitteilungen 1/1973, S. 2)

In Globalzahlen ausgedrückt, sicherten sich auf Kosten vor allem der Arbeiterklasse Unternehmen und Staat 1971/72 folgende Einkommensgrößen:

	Gesamte eigene Finanzierungsmittel der Unternehmen*	Oberschußbildung des Staates**	Finanzierungsüberschuß der Sozialversich.
1971	121	15	6,8
1972	129	11	7,7

* Nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen, Vermögensübertragungen
** Laufende Einnahmen abzüglich laufender Ausgaben (einschließlich Nettoinvestitionen) ohne Saldo der Vermögensübertragungen
(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 78; Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 3/1973, S. 18, 23)

Was den Unternehmenssektor betrifft, so erwirtschaftete er 1972 laut Bundesbank-Angaben eine Selbstfinanzierungsquote von 65 Prozent. Hinzu trat 1972 eine beträchtliche Geldvermögensbildung in Höhe von 21 Mrd. DM (1971 11,5 Mrd.), die in Erwartung von Kreditverknappung, Investitionsbesteuerung, Aussetzung der lukrativen Abschreibungsmöglichkeiten vorgenommen wurde.

Zu diesen Zahlen ist überdies zu bemerken, daß sie höchstensfalls einen Trend markieren, da die nichtentnommenen Gewinne keineswegs den wirklichen Umfang der unternehmerischen „Innenfinanzierung“ widerspiegeln. Die Basis der statistischen Berechnungen bildet das veröffentlichte Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nicht die „interne“ Bilanz. Das heißt, die „stillen Reserven“ („unsichtbare Selbstfinanzierung“) aufgrund höherer Bewertung der Passiva, Passivierung von Pensionsrückstellungen usw. gehen in die amtlichen Statistiken nicht ein.

Das Einfrieren der Lohn- und -gehaltquote bedeutet darüber hinaus eine zusätzliche Umschichtung des volkswirtschaftlichen Mehrertrags.

4.2 Vermögensverteilung

Aufgrund der durch die Inflation verschärften Einkommensumschichtung zuungunsten der Masse der abhängig Beschäftigten kommt es zu einer immer schnelleren Vermögenskonzentration in wenigen privaten Händen.

Dies ist der aktuelle Hintergrund der wieder entfachten Debatte um die Vermögensverteilung innerhalb des DGB und der Bundestagsparteien.

Das Eintreten von DGB und SPD für öffentliche Vermögensfonds, irreführend als „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“ deklariert, übersieht und verdeckt drei Tatbestände:

1. Die Bilanzgewinne zur Basis der prozentualen Abführung zu nehmen bleibt sinnlos, weil die privatunternehmerische Sachwertbildung nur zum geringen Teil aus den veröffentlichten Bilanzgewinnen finanziert wird.
2. Die Großunternehmen werden wegen ihrer zunehmenden multinationalen Ausdehnung durch nationale Vermögensabgaben in ihrer Vermögensstruktur kaum getroffen.
3. Werden die ausgewiesenen Gewinne um eine Vermögensabgabe gekürzt, folgt sofort das damit begründete Lohn-diktat und ein Zusammenbruch der ohnehin schwachen ökonomischen Position der Gewerkschaften im Verteilungskampf, ohne daß
4. die gesellschaftliche Macht des Monopolkapitals auch nur beeinträchtigt wäre, da ja die private Aneignung des Mehrertrags ungehemmt weiter vor sich geht.

1. Aus der Differenz von Einnahmen privater Haushalte (bis zu einem Nettoeinkommen von 10 000 DM) aus der Aufnahme von Krediten und Auflösung von Vermögen einerseits sowie der Rückzahlung von Krediten und Ausgaben für Vermögensbildung andererseits geht hervor, daß bis zur Höhe der Abhängigendurchschnittseinkommen Vermögen überhaupt nicht gebildet werden kann. Die Rückzahlung von Krediten (einschließlich Zinsen) übersteigt — im Verhältnis zum Einkommen — die Kreditaufnahme so stark, daß nennenswerte Beträge für effektive Vermögensanlage nicht mehr übrigbleiben. Insbesondere schlagen die hochverzinsten Ratenschulden zwischen einem Drittel und der Hälfte der gesamten Kreditrückzahlung kräftig zu Buch.

2. Erst bei Einkommen ab 2500 DM netto je Haushalt stellt die Sachanlage den größten Posten der Vermögensbildung dar.

3. Der Kauf von Wertpapieren erreicht nur bei den höchsten Einkommenskategorien ins Gewicht fallende Größenordnungen.

Einnahmen privater Haushalte aus Vermögen und Kreditaufnahme in DM (Monatsdurchschnitt 1969)

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... DM	Einnahmen insgesamt	Abhebung von Sparkonten	Auszahlg. von Bausparguthaben	Aufnahme von Krediten	darunter: Ratenschulden
300— 600	48	23	—	6	3
600— 800	83	37	—	15	5
800— 1 000	118	54	6	25	9
1 000— 1 200	144	62	10	34	10
1 200— 1 500	201	83	17	58	14
2 500—10 000	707	223	71	253	18

Ausgaben privater Haushalte für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung (Monatsdurchschnitt 1969)

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... DM	Ausgaben insgesamt	Erhöhg. d. Sachverm.	Einzahlg. auf Sparkonten	Kauf von Wertpapieren	Rückzahlg. von Kred.	darunter: Ratenschuld
300— 600	67	4	35	3	8	4
600— 800	132	18	59	5	21	8
800— 1 000	189	29	77	7	34	10
1 000— 1 200	249	39	96	8	52	13
1 200— 1 500	360	66	129	15	80	17
2 500—10 000	1727	491	372	151	381	25

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 95 f.)

Die Relation zwischen Anzahl der Sparbücher und den Spareinlagen weist zudem auf, wie aussagegelos in sozialer Hinsicht die Globalstatistiken über die Geldvermögen der privaten Haushalte sind: bis unter 300 DM Spareinlagen zwar 47,4 (1969) bzw. 47,6 (1970) Prozent der Sparbücher, aber nur 1,7 Prozent der Gesamteinlagen; bis unter 1000 DM rd. 63 (1969) bzw. 65 (1970) Prozent der Bücher, jedoch ca. 6 Prozent der Einlagen. Dagegen: ab 10 000 DM rd. 5 Prozent aller Sparbücher, indes 50 Prozent der Einlagen!

Sparkassenbücher und -einlagen bei den Sparkassen 1969 und 1970

Größenklassen in DM	Sparkassenb. -einlagen 1969		Sparkassenb. -einlagen 1970	
	i. 1000	%	i. 1000	%
bis unter 300	22 591	47,4	1 940	1,7
300 bis unter 1 000	7 492	15,7	4 410	3,9
1 000 bis unter 3 000	8 484	17,8	14 745	13,1
3 000 bis unter 10 000	6 738	14,2	36 148	32,1
10 000 und mehr	2 325	4,8	55 649	49,4
			2 664	5,0
			62 214	50,7

(Quelle: Sparkassenfachbuch 1972, S. 440)

Unter dem Druck der Inflation haben sich im 1. Vj. 1973 die Nettoeinlagen bei den Sparkassen um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal verringert, dagegen die Konsumkredite wesentlich erhöht.

4.3 Staatliche Umverteilung

Die von Jahr zu Jahr steigende Inflationsrate beeinflusst nicht nur die Kaufkraft der privaten Haushalte negativ, vor allem die der durchschnittlich verdienenden Lohn- und Gehaltsbezieher (s. Kzf. 3.5), sondern ebenso den Realwert staatlicher Ausgaben. Nominale Ansätze in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden für Infrastrukturmaßnahmen werden durch die Geldentwertung rasch überholt, was schließlich zu immer höherem Finanzierungsbedarf führt. Das ifo-Institut berechnete Differenzen in folgender Größenordnung auf der Basis von 1962:

Preisstruktur- und Ausgabenquotenentwicklung der Gebietskörperschaften

	Jährliche Preissteigerungsrate		Ausgabenquote der Gebietskörperschaften	
	Ausgaben d. Gebietskörpersch.	BSP	nominal	real
1962	3,4	3,1	25,3	25,3
1967	1,5	1,1	26,3	25,6
1969	5,4	3,5	25,3	24,0
1971	8,3	7,7	26,3	24,5
1973	6,8	6,0	26,6	24,9

(Quelle: ifo-Schnelldienst, 29/1973, S. 21)

Wird beispielsweise die Spanne zwischen Nominal- und Realwert der Ausgabenquote der Gebietskörperschaften des Jahres 1971 budgetmäßig umgesetzt, so ergäbe dies eine Summe von 12,4 Mrd. DM, sie umfaßte 1973 etwa dieselbe Höhe. Bei konstanten Preisen hätten dafür entweder Steuern gesenkt oder umfangreichere Finanzierungen durchgeführt werden können. **Durch die höheren Anteile des Bundes an den gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Hand — 1. Hj. 1973 ca. 94 Mrd. DM, davon Bund ca. 53 Mrd., Länder 35 Mrd., Gemeinden 5 Mrd. DM (BMF-Dokumentation, 26. 7. 1973) — wird zudem der Geldwertverlust der Bundesausgaben weit besser kompensiert bis überkompensiert als der der Länder und Gemeinden, wobei noch der Inflationmotor der Rüstungsausgaben in die Betrachtung einbezogen werden müßte.**

Daß den höchsten Preissteigerungsdruck die Gemeindeetats tragen müssen, konkretisierte die Deutsche Bundesbank: Die Gemeinden, bei denen Personal- und Bauausgaben mit über zwei Dritteln die Etats belasten, wurden von der Explosion der Baupreise und Personalkosten besonders getroffen. (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 15)

Andererseits ist aufgrund der Verwendung der Bundesausgaben 1973 an „kostenwirksamen inneren Reformen wenig zu erwarten. Die Investitionsausgaben liegen nur um 4,7 Prozent höher als im Vorjahr und damit unter der Inflationsrate.“ (Wirtschaftswoche, 16/1973, S. 19)

Demnach gehen inflatorische Effekte keineswegs von der Reformfinanzierung aus, wogegen die bei den Gemeinden konzentrierte Infrastrukturfinanzierung am erheblichsten dem Geldwertverfall unterliegt.

Die staatliche Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen unter dem Vorzeichen der Inflation besteht darin, daß die Reformfinanzierung real stagniert und — über die Kreditbegrenzung für öffentliche Haushalte — z. T. sogar eingestellt wird. Die Konsequenzen haben überwiegend die Gemeinden auf sich zu nehmen, da die Defizite der Gemeinden seit 1970 ohne-

hin höher sind als die von Bund und Ländern zusammengekommen, obwohl der Anteil der kommunalen Ausgaben an den der Gebietskörperschaften insgesamt nur etwa ein Drittel beträgt.

Verschuldungsstand der Gemeinden 1972 = 56 Mrd. DM, 1971 = 48 Mrd.
Schuldenaufnahme 1972 = 8,1 Mrd. DM, 1971 = 7,6 Mrd.
Begrenzung durch Rechtsverordnung 1973 = 5,6 Mrd. DM
(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/1973, S. 19)

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervor-

stechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	BSP 1973 (geschätzt, INFO 2/73)				
	a) in jeweiligen Preisen	1973/1972	%	+ 14,0	1.1
	b) in Preisen von 1962	1973/1972	%	+ 7,0	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) Index (1962 = 100)	Juni 1973	Pkt.	186	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Juni 1973	%	+ 9,5	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt gegenüber dem Vorjahr	Mai 1973	%	+ 18,4	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie gegenüber dem Vorjahr	Mai 1973	%	+ 25,8	1.2
5	Auftragseingang der Industrie				
	a) insgesamt gegenüber dem Vorjahr	Juni 1973	%	+ 9,4	1.2
	b) Auslandsaufträge gegenüber dem Vorjahr	Juni 1973	%	+ 28,8	1.2
	c) Inlandsaufträge gegenüber dem Vorjahr	Juni 1973	%	+ 3,4	1.2
6	Exportüberschuß				
	a) absolut	1. Hj. 1973	Mrd. DM	12,9	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	1. Hj. 1973	%	+ 53,6	1.3
7	Währungsreserven, netto	Juni 1973	Mrd. DM	90,0	1.3
8	Arbeitslose	Juni 1973	Tsd.	282	1.5
9	Beschäftigte in der Industrie				
	a) absolut	März 1973	Mio.	8,3	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	März 1973	%	- 0,1	1.5
10	Industrieumsatz je Beschäftigten				
	a) absolut	April 1973	DM	6300	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	April 1973	%	+ 10,5	1.6
11	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern				
	a) Gesamtwirtschaft	1. Vj. 1973/1. Vj. 1972	%	+ 2,5	3.1
	b) Industrie	1. Vj. 1973/1. Vj. 1972	%	+ 2,9	3.1
12	Lohnsteuer	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 20,0	3.2
13	Steuern vom Umsatz	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 9,5	3.2
14	Körperschaftsteuer	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 35,6	3.2
15	Veranlagte Einkommensteuer	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 18,0	3.2
16	Bruttolöhne und -gehälter	1. Vj. 1973/1. Vj. 1972	%	+ 12,0	3.3
17	Nettolöhne und -gehälter	1. Vj. 1973/1. Vj. 1972	%	+ 11,3	3.3
18	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
	a) Index (1962 = 100)	Juni 1973/Juni 1972	Pkt.	10,8	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	Juni 1973/Juni 1972	%	+ 7,9	3.4
19	Durchschnittlich geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	1. Vj. 1973/1. Vj. 1972	%	+ 1,2	3.6
20	Bezahlte Wochenstunden in der Industrie	Oktober 1972	Std.	43,2	3.6
21	Eigenfinanzierungsmittel der privaten Unternehmen	1972	Mrd. DM	129	4.1
22	Selbstfinanzierungsquote	1972	%	65	4.1
23	Nettolohn- und -gehaltsquote	1972	%	38,9	4.1

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Index-

punkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „...“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.